

# Vom Linksaktivisten zum seriösen Finanzpolitiker

Walter Angst, AL-Kandidat für den Regierungsrat, stört ab und zu den rot-grünen Gottesdienst im Zürcher Gemeinderat

Er bedauert, dass kaum jemand mit ihm richtig Wahlkampf macht. Beim Debattieren nämlich ist der Zürcher Gemeinderat Walter Angst von der AL für seine Gegner recht unangenehm.

ADI KÄLIN

In den Bänken des Zürcher Gemeinderats wird fast immer etwas besprochen, getratscht und gelacht; dass die ganze Runde einem Redner aufmerksam zuhört, kommt eher selten vor – ausser, es tritt zum Beispiel Walter Angst von der AL an, um wieder einmal den Genossinnen und Genossen von der SP die Leviten zu lesen. Dann lauschen nicht nur diese, sondern selbstverständ-

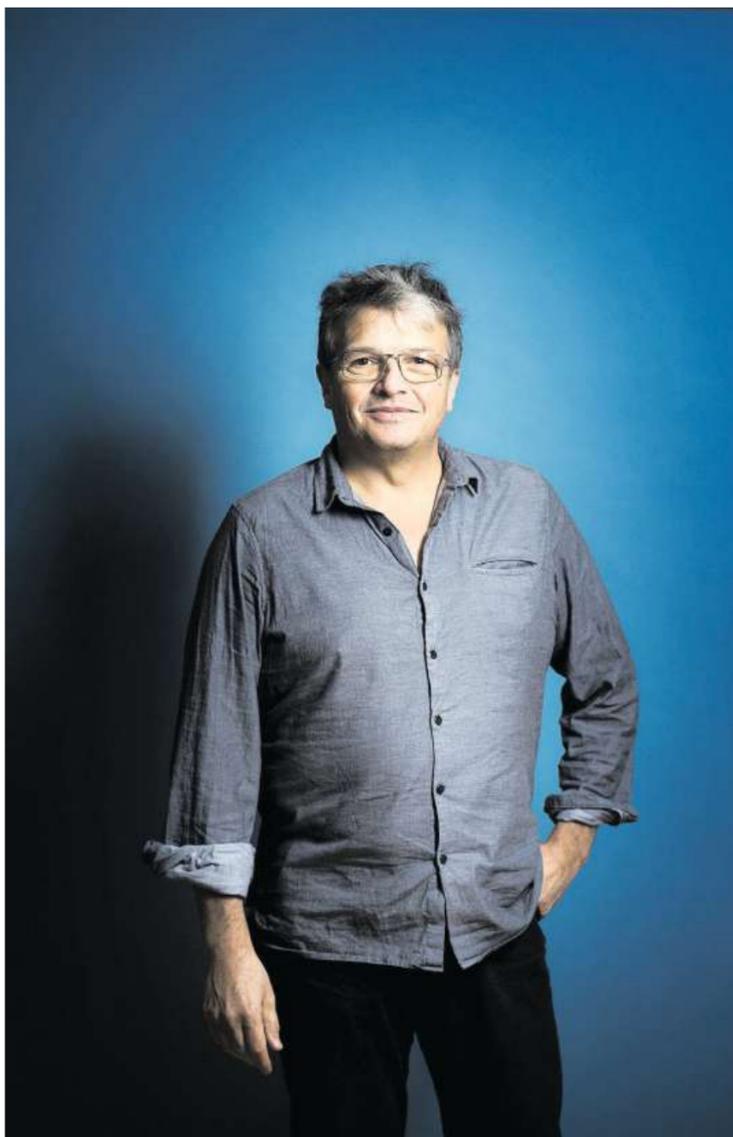
## Kantonale Wahlen

vom 24. März 2019

lich auch die Vertreter der bürgerlichen Ratsseite, die sich den innerlinken Schlagabtausch nicht entgehen lassen wollen.

Etwa letztes Jahr, als ein SP-Postulat behandelt wurde, mit dem den Zürcher Familien das öV-Ticket massiv verbilligt werden sollte. Das Jahresabonnement fürs Tram hätte nur noch 200 Franken gekostet, also 370 Franken weniger, als es der Verkehrsverbund vorsieht. Die Stadtkasse wäre allerdings mit fünf bis zehn Millionen Franken belastet worden. Der Vorschlag der SP sei in jeder Hinsicht untauglich, schmetterte Angst in den Ratssaal. Zudem sei es billig, einen Wahlkampfschlagler einfach so über ein «Postuläti» zu entsorgen.

«Keine Steuergeschenke für Reiche und Grossunternehmen!», lautet ein Mantra der AL. Der grösste Erfolg der Kleinpartei, die am linken Rand politisiert, war denn auch ihre Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung, die von den Zürcher Stimmberechtigten 2009 angenommen wurde. Auf der andern Seite setzt sich die AL aber auch immer wieder für tiefere Gebühren ein (gern zusammen mit der FDP) und zeigt oft auch sparsame Züge: Wenn die SP wieder einmal ihr Füllhorn über der Zürcher Bevölkerung ausgiessen will, stören nicht selten die AL und deren finanzpolitischer Sprecher Walter Angst den rot-grünen Gottesdienst im Gemeinderat. Im Gespräch erklärt Walter Angst, wie es gemeint ist: Das sei gewissermassen die rot-grüne Grundlüge in Zürich, dass man fast unbegrenzt Geld



Walter Angst dürfte es kaum gelingen, in den bürgerlich dominierten Zürcher Regierungsrat einzuziehen. GORAN BASIC / NZZ

verteilen könne. Dabei stamme dieses doch mindestens teilweise von den zahlreichen Banken und Versicherungen Zürichs. «Es ist einfach keine gesellschaftlich nachhaltige Strategie, Geld, das einfach da ist, zu verteilen.»

Wegen der speziellen finanziellen Situation seien auch die Rezepte Zürichs nicht 1:1 auf den Kanton zu übertragen. Von einigen Erfolgsfaktoren der Stadt würde dieser aber schon profitieren, ist Angst überzeugt. Vor allem in den Berei-

chen Kinderbetreuung, Bildung und Wohnen sollte sich der Kanton die städtische Politik zum Vorbild nehmen.

Als Leiter der Kommunikation beim Zürcher Mieterverband ist Angst die Wohnpolitik natürlich ein besonderes Anliegen. Wenn er kommentiert, was momentan im Kanton läuft, kann es laut werden: Es sei doch eine wahre Katastrophe, dass der Kanton zwar das Wachstum auf die Städte konzentrieren wolle, diesen aber nicht die Instrumente

in die Hand gebe, um die Entwicklung gut bewältigen zu können.

Es geht zum Beispiel um den Mehrwertausgleich; der Regierungsrat hat eine Lösung präsentiert, bei der die Städte und Gemeinden nur das vom Bund vorgesehene Minimum bekämen. Auch beim Artikel im Planungs- und Baugesetz, der vorsieht, bei Aufzonen einen gewissen Anteil an preisgünstigen Wohnungen zu verlangen, geht es nicht vorwärts. Das Volk hat die Vorlage angenommen, umgesetzt ist noch nichts. «Der Hauseigentümergebiet blockiert in einer Art und Weise, die nur noch peinlich ist», sagt Angst.

## Pfarrerssohn aus Wädenswil

Walter Angst ist 1961 im reformierten Pfarrhaus von Wädenswil geboren worden und lebt seit 1981 in Zürich. Er liess sich zum Real- und Oberschullehrer ausbilden und war danach Journalist und Aktivist. In den Medien tauchte er schon vor zwanzig Jahren immer wieder auf – zum einen als Koordinator der WEF-Proteste, zum andern als Sprecher des Zürcher 1.-Mai-Komitees. Seit 2005 ist er beim Mieterverband, im Gemeinderat sitzt er seit 2002. Angst hat drei Kinder und lebt in Wiedikon.

Warum will er denn jetzt in den Regierungsrat, nachdem er bisher fast ausschliesslich in der Stadt Zürich politisiert hat? Bei der Entwicklung, die momentan laufe, müsse man einfach über die Grenzen der Stadt hinaus denken, sagt Angst. Natürlich sei, was in Zürich passiere, hochinteressant. Die Stadt sei aber auch ein wenig ein Biotop. Man müsse mehr den Ausgleich suchen zwischen Gemeinden, Städten und dem Kanton – wie dies ja auch in der neusten Studie des Planungsdachverbands RZU angeregt werde: «Zürich als Wohnregion denken und entwickeln».

Die AL ist im Kanton noch immer eine Kleinpartei, konnte vor vier Jahren aber einen überraschenden Erfolg bei den Wahlen verbuchen: Der Wähleranteil verdoppelte sich fast, stieg von 1,6 auf 3 Prozent. Statt 3 hatte die AL nun 5 Sitze im Kantonsrat. Sämtliche Ratsmitglieder stammen aber aus der Stadt; 4 aus Zürich, 1 aus Winterthur. Das würde man bei den bevorstehenden Wahlen gern ändern und hat darum in allen Bezirken volle Wahllisten eingereicht.

Aus diesem Grund hat die AL auch einen Regierungskandidaten aufgestellt, dessen Wahlchancen zwar äusserst gering sind, der aber an Podien und andern Wahlveranstaltungen die Werbetrommel rühren soll. Das Problem ist nun aller-

dings, dass viel zu wenige dieser Anlässe stattfinden, wie Angst meint.

## Halbe Unterstützung für die SP

Vor allem bedauert er, dass es nicht zu mehr Podien mit der SP gekommen sei. Immerhin seien die Gemeinsamkeiten noch deutlich grösser als die Differenzen. Und diese Gemeinsamkeiten hätte man doch im Wahlkampf herauschälen können. Das tönt zwar gut, sehr stark erschwert wird dieser Dialog allerdings durch die Tatsache, dass die AL nur eine von zwei SP-Kandidaturen unterstützt. Empfohlen wird den eigenen Anhängern Regierungsrätin Jacqueline Fehr, nicht aber deren Partei- und Regierungskollege Mario Fehr – «wegen unüberbrückbarer Differenzen in der Asylpolitik».

«Es ist einfach keine gesellschaftlich nachhaltige Strategie, Geld, das einfach da ist, zu verteilen.»

Walter Angst  
Regierungsratskandidat AL

Im Gemeinderat gehört Walter Angst zu den Erfahreneren – und er hat neben der Erfahrung auch an Reife zugelegt. Vom kichernden Jungpolitiker, der sich gern über die Voten der andern Ratsseite lustig machte, hat er sich zum weiterhin akzeptierten Finanzpolitiker gemauert. Seit gut zwölf Jahren sitzt er in der Rechnungsprüfungskommission, die er von 2016 bis 2018 auch präsidierte. Politische Gegner attestieren ihm, dass er nicht nur in seinen Dossiers sattelfest ist, sondern auch in vielen zusätzlichen Themen ein breites Wissen an den Tag legt.

Angst hat überdies eine Eigenschaft, die im laufenden «Wahlkampf» eher rar ist: Er eiert nicht herum, sondern sagt recht direkt, was er von einer Sache hält. Das wirkt erfrischend, entspricht aber nicht unbedingt dem, was man von einem Exekutivpolitiker erwartet. Ausprobieren muss er es wohl nicht, denn die Gefahr, gewählt zu werden, ist eher gering. 2010 trat er für die AL schon bei den Zürcher Stadtratswahlen an; er landete schliesslich abgeschlagen auf dem 14. Rang.

# Die Universität Zürich lanciert «Bologna 2.0»

Die Verschulung soll gestoppt werden, doch Studentenvertreter sind skeptisch

NILS PFÄNDLER

Fünfzehn Jahre ist es her, seit die Bologna-Reform an der Universität Zürich Einzug gehalten hat. Rasch erhoben sich kritische Stimmen, die bis heute nicht verstummt sind. Zahlreiche Studenten und Professorinnen kritisierten die Verschulung und Ökonomisierung der Bildung. In ihren Augen brachte Bologna nicht primär eine einheitliche Hochschullandschaft, sondern Bürokratie, Mobilitätsbarrieren, unnötige Pflichtkurse und eine Vielzahl an Prüfungen. Viele sahen dadurch ihre Bildungsideale gefährdet.

Die Geistes- und Sozialwissenschaftler gehörten stets zu den lautesten Kritikern des neuen Systems. Am Mittwoch gab die Philosophische Fakultät der Universität Zürich nun bekannt, dass sich ihre Ausbildung mit dem Projekt «Bologna 2020» ab dem kommenden Herbstsemester grundlegend verändern wird. Künftig gibt es weniger Prüfungen, neue Masterprogramme und einen vereinfachten Studienaufbau. Seit der Universitätsrat 2016 eine

Muster-Rahmenverordnung beschloss, um die Strukturen an den sieben Fakultäten einander anzugleichen, werden in allen Bereichen Anpassungen vorgenommen. An der Philosophischen Fakultät dürften sie am markantesten sein. Studiendekan Daniel Müller Nielaba spricht von «Bologna 2.0».

## Transparenz und Mobilität

Tatsächlich sollen sich einige Versprechen erfüllen, die bereits mit der Einführung der ursprünglichen Reform im Jahr 2004 gemacht wurden. Dazu gehören vor allem die Transparenz des Systems, die Anschlussfähigkeit und die Mobilität.

Die Bachelorstufe soll zu diesem Zweck klarer strukturiert werden. Die Studierenden wählen im sogenannten Major-Minor-System zwei Programme aus, in denen sie jeweils 120 oder 60 ECTS-Punkte sammeln. Weil dieses Modell in der Schweiz und im Ausland weit verbreitet ist, soll einfacher zwischen den Universitäten gewechselt werden können. Die Möglichkeit, zwei Hauptfächer oder ein Hauptfach und

zwei kleine Nebenfächer zu belegen, gibt es jedoch nicht mehr.

Zudem werden die Modulgrössen und Prüfungsleistungen vereinheitlicht. Kleine Module, die weniger als 6 ECTS-Punkte zählen, werden zur Ausnahme. Mit dieser Massnahme wolle die Univer-



Daniel Müller Nielaba  
Studiendekan  
Philosophische  
Fakultät UZH

sität das vertiefte Lernen fördern und der Verschulung entgegenwirken, sagt Müller Nielaba. «Wir sind nicht am Gymnasium, wir sind an der Universität.»

Laut dem Studiendekan ist man bei der Umsetzung der Bologna-Reform früher teilweise über das Ziel hinausgeschossen. Heute besuchen die Studenten oft eine Vielzahl an Modulen

und müssen deshalb auch zahlreiche Leistungsnachweise erbringen. Künftig könne es sein, dass eine Studentin nur noch halb so viele Prüfungen schreibe wie heute, dafür grössere.

Der Bachelor bilde nach wie vor eine generalistische Ausbildungsstufe, sei mittlerweile aber auch ein beliebter Abschluss geworden. «Wir haben uns verschätzt», sagt Müller Nielaba. Anfangs habe man gedacht, dass der Bachelor wenig Anerkennung finden würde.

Auf der Masterstufe haben die Studenten ab dem kommenden Herbst mehr Wahlmöglichkeiten als zuvor. Das Portfolio wurde um Programme wie Zeitgeschichte, Internet and Society, interdisziplinäre archäologische Wissenschaften oder Modern Asian and Middle Eastern Studies erweitert.

Müller Nielaba betont, dass es sich bei der Reform nicht um eine Sparübung handle. Dank Mehrarbeit und Umverteilungen seien selbst die neuen Studienprogramme ressourcenneutral. Im Bachelor wolle die Fakultät mehr Qualität, im Master mehr Inhalte für das gleiche Geld bieten. «Wir wollten keine

Flickschusterei», sagt der Literaturwissenschaftler und greift auf eine Metapher zurück: «Wir haben ein grosses Gebäude grundlegend umgebaut – während es bewohnt war.» Es sei ein Kraftakt gewesen, man habe jeden Stein umgedreht. Entstanden sei nun ein «Jahrhundertbauwerk», das so schnell nicht mehr renoviert werde.

## «Immer wieder Rückschläge»

Trotz den positiven Worten des Studiendekans zeigen sich Studentenvertreter skeptisch. Laut Timothy Schürmann vom Verband der Studierenden der Universität Zürich (VSUZH) haben die Vereinheitlichungen in der Vergangenheit oft Nachteile für die Studenten mit sich gebracht. Dies dürfte bei «Bologna 2020» nicht anders sein.

Schürmann bezweifelt beispielsweise, dass die neuen Regelungen für Teilzeitstudenten die nötige Flexibilität zulasse. «Wir haben in letzter Zeit immer wieder Rückschläge erfahren», sagt der 23-jährige Geschichtsstudent. Das neue System müsse sich deshalb zuerst beweisen.